

**Stefanie Wahl**

Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Hegelallee 3  
14467 Potsdam

Telefon 0331 / 23 72 92 - 16  
Telefax 0331 / 23 72 92 - 29

stefanie.wahl@lakd.brandenburg.de

## **Pressemitteilung** Nr. 9 vom 16. Juni 2020

### **Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur Dr. Maria Nooke erinnert an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953**

Nahezu eine Million Bürgerinnen und Bürger protestierten am 17. Juni 1953 auf den Straßen vieler Städte in der DDR gegen die kommunistische Diktatur. Was als Protest gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen begann, entwickelte sich zu einem Manifest gegen das SED-Regime. Auf dem Territorium des heutigen Landes Brandenburg fanden große Protestversammlungen und Demonstrationen statt, die schließlich von sowjetischen Truppen niedergeschlagen wurden. Die Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Maria Nooke erinnert an den Jahrestag des Volksaufstandes: „Den Freiheitswillen kann eine Diktatur nicht brechen. Das haben die Menschen gezeigt, die am 17. Juni 1953 ihre Forderungen auf die Straße brachten: in Brandenburg an der Havel, in Hennigsdorf und an vielen anderen Orten des Landes.“

Die Hennigsdorfer Arbeiter aus dem Stahlwerk und dem Lokomotiv- und Elektrowerk rissen die Absperrungen nach West-Berlin nieder und marschierten in die Ost-Berliner Innenstadt. In Brandenburg an der Havel demonstrierten etwa 15.000 Menschen und befreiten politische Gefangene der Untersuchungshaftanstalt des Kreisgerichts. Die Bauarbeiter der Großkokerei in Lauchhammer legten die Arbeit nieder. Die Beschäftigten der Rathenower Optischen Werke versammelten sich im Stadtzentrum. 4.300 Menschen streikten im Kreis Senftenberg. Und auch auf dem Land gab es zahlreiche Erhebungen: In Wusterhausen (Dosse) protestierten fast Tausend Frauen und Männer und besetzten das Rathaus.

Die Partei- und Staatsführung der SED war nach Berlin-Karlshorst in das Hauptquartier der sowjetischen Besatzungsmacht geflüchtet. Bereits am Mittag hatte diese den Ausnahmezustand an allen Orten verkündet und mit Panzern und bewaffneten Soldaten durchgesetzt.

Die Angst vor erneuten Protesten saß tief: Bis in die 1980er Jahre verordnete der Minister für Staatssicherheit (MfS) der DDR, Erich Mielke, jeweils vom 15.-17. Juni höchste Alarmbereitschaft für alle seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie mussten Mauern nach verbotenen Parolen absuchen und die Abfahrten der Autobahnen überwachen, um Zusammenkünfte zu verhindern.

Die Bedeutung des Volksaufstandes in der DDR wurde erst nach 1990 mit der Öffnung der Akten der SED und ihres Staatsapparates richtig gewürdigt. Auf dem Zeitzeugenportal der Aufarbeitungsbeauftragten kommen damalige Akteure und Zeitzeugen aus Brandenburg an der Havel, Hennigsdorf und Rathenow zu Wort: <http://www.zeitzeugen.brandenburg.de/themen/lebenserfahrung-volksaufstand-1953/>